



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: 11. Ausbau der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete zu Therapiezentren

Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 58
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Förderungen von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und -integration

	von	Veränderung um	auf
--	-----	-------------------	-----

Leistungsplan:

Beträge in 1.000 EUR

	von	Veränderung um	auf
Gesamtkosten	7.079,0	+5.000,0	12.079,0
Produktabgeltung	7.079,0	+5.000,0	12.079,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Das Konzept der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete sieht vor, dass das dort speziell geschulte Personal eine erste Diagnostik vornimmt, sowie die Klient*innen notfallmäßig versorgt bis sie in die Regelversorgung, in Kliniken und/oder ambulante psychiatrische oder psychotherapeutische Praxen, übergeführt werden können.

Zu der vielerorts sowieso schon angespannten Versorgungslage in dem Bereich kommen in der Behandlung von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zusätzliche Herausforderungen dazu, etwa mangelnde Erfahrung der Fachärzt*innen und Psychotherapeut*innen in der Arbeit mit Sprachmittler*innen, einschlägiges Fachwissen im Bereich der Traumafolgestörungen, sowie das Fehlen von ganzheitlichen Angeboten, die der komplexen Problemsituation der Betroffenen gerecht werden können.

Da die Psychosozialen Zentren bereits über umfangreiches Wissen und Erfahrung in der Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten verfügen, sind sie die geeignete Stelle um die Versorgungslücke für diese Gruppe von Betroffenen zu schließen. Um Ihr Tätigkeitsgebiet auf mittel- und langfristige psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung auszuweiten, brauchen die PSZ zusätzliche Mittel, die hier mit einer Million pro Standort veranschlagt werden.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske